PRESS RELEASE
Council of Europe
Communications

T +33(0)388412560 **www.coe.int** **pressunit@coe.int**

Ref. DC 071 (2014)

Zu wenig Fortschritt bei Verabschiedung von Anti-Geldwäsche-Gesetzen in Bosnien und Herzegowina: MONEYVAL veröffentlicht Erklärung

Straßburg, 01.06.2014 – Angesichts des mangelnden Fortschritts bei der Verabschiedung von Gesetzen in Bosnien und Herzegowina, die seinen Bedenken Rechnung tragen, hat das Expertenkomitee des Europarates zur Bewertung von Maßnahmen gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (MONEYVAL) heute eine Erklärung veröffentlicht.

Die Staaten und Gebiete, die Mitglied von MONEYVAL sind, und andere Länder werden dazu eingeladen, ihren Finanzinstitutionen zu empfehlen, bei Transaktionen mit Personen und Finanzinstitutionen in oder aus Bosnien-Herzegowina besondere Achtsamkeit und erhöhte Sorgfalt walten zu lassen. So soll dem Risiko von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung begegnet werden.

MONEYVAL hat die Erklärung bei seiner 44. Plenarsitzung (31. März bis 4. April 2014) im Rahmen seiner „Compliance Enhancing Procedures" (Stufe 3) verabschiedet. Der Ausschuss hat die Veröffentlichung der Erklärung allerdings auf 1. Juni 2014 verschoben, um Bosnien und Herzegowina die Verabschiedung der erforderlichen Änderungen im Präventivrecht und im Strafgesetz zu ermöglichen.

Das Parlament von Bosnien und Herzegowina hat die notwendigen Gesetze nicht innerhalb der von MONEYVAL festgesetzten Frist (31. Mai 2014) verabschiedet. Gemäß dem Beschluss von April hat der MONEYVAL-Vorsitzende somit die heutige Veröffentlichung der Erklärung genehmigt.

***

Der Expertenausschuss zur Bewertung von Maßnahmen gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (MONEYVAL) ist ein Organ des Europarates, das die Einhaltung der internationalen und europäischen Normen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie deren wirksame Umsetzung bewertet und Empfehlungen an die nationalen Behörden zu notwendigen Verbesserungen in ihrem System richtet. MONEYVAL gewährleistet die Überwachung von 33 Rechtssystemen, darunter 28 Mitgliedsstaaten des Europarates, der Heilige Stuhl, Israel und die der britischen Krone unterstehenden Inseln Guernsey, Jersey und Isle of Man.

Kontakt: Jaime Rodriguez, Pressereferent, Tel. +33 3 90 21 47 04